INHALT

Vorwort 9
Einführung 17

TEIL I: Bereit für den Frieden 27
1 Woodrow Wilson kommt nach Europa 29
2 Erste Eindrücke 47
3 Paris 58
4 Lloyd George und die britische Delegation 69

TEIL II: Eine neue Weltordnung 87
5 »Wir sind der Bund des Volkes« 89
6 Russland 102
7 Der Völkerbund 129
8 Mandate 148

TEIL III: Wieder der Balkan 159
9 Jugoslawien 161
10 Rumänien 180
11 Bulgarien 193
12 Winterpause 202

TEIL IV: Die deutsche Frage 217
13 Bestrafung und Vorbeugung 219
14 Deutschland niederhalten 230
15 Die Rechnung wird geschrieben 249
16 Das Ringen um die Bedingungen 268

TEIL V: Zwischen Ost und West 281
17 Das wiedergeborene Polen 283
18 Tschechen und Slowaken 311
19 Österreich 329
20 Ungarn 343

TEIL VI: Ein schwieriges Frühjahr 361
21 Der Rat der Vier 363
22 Italien steigt aus 371
23 Japan und die Rassengleichheit 406
24 Ein Dolchstoß in Chinas Herz 427

TEIL VII: Der Nahe Osten wird in Brand gesteckt 457
25 Der größte griechische Staatsmann seit Perikles 459
26 Das Ende der Osmanen 485
27 Arabische Unabhängigkeit 504
28 Palästina 542
29 Atatürk und der Bruch des Vertrags von Sèvres 562

TEIL VIII: Der Schlusspunkt 599
30 Im Spiegelsaal 601

Ausblick 633
Danksagung 641
Anmerkungen 643
Bibliographie 704
Personenregister. 727
Bildnachweis 733

VORWORT ZUR DEUTSCHEN AUSGABE

Der hundertste Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs hat das Interesse an diesem globalen Konflikt neu belebt. Die Debatte darüber, wie er begann und warum sich die Hoffnung des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, es könne der Krieg sein, der allen Kriegen ein Ende setzt, nicht erfüllte, geht unvermindert weiter. Der Frieden, der 1919 in Paris und auf den folgenden Konferenzen Anfang der 1920er Jahre geschlossen wurde, wird immer noch häufig als Fehlschlag abgetan, als das Produkt feiger, rachsüchtiger und kurzsichtiger Staatsmänner, das den Zweiten Weltkrieg unvermeidlich gemacht habe. Vielfach irreführend als Versailler Frieden bezeichnet, obwohl mit diesem Begriff nur der Vertrag mit Deutschland gemeint war, bestand das Friedenswerk aus einer ganzen Reihe von Verträgen, die Europa, Asien, Afrika, den Pazifik und den Nahen Osten umfassten. Außerdem beschäftigten sie sich mit Themen wie der internationalen Luftfahrt und den internationalen Schifffahrtswegen und schufen neue internationale Institutionen wie den Völkerbund und die Internationale Arbeitsorganisation.

Kritik zog der Versailler Vertrag, der erste der Pariser Vorortverträge, schon in der Entwurfsphase auf sich. In einer scharfen Polemik porträtierte der junge britische Ökonom John Maynard Keynes die führenden Staatsmänner, die in Paris verhandelten, als von blinder Rachsucht und Torheit Getriebene. Der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau habe wie ein bösartiger Affe nur daran gedacht, Deutschland zu zerstören; sein britisches Pendant David Lloyd George sei ein hinterhältiger Halbmensch ohne moralischen Kompass und der amerikanische Präsident ein moralisierender Einfaltspinsel. Anstatt den Mut und die Weitsicht aufzubringen, Deutschland in die Völkergemeinschaft aufzunehmen und seine leistungsstarke Wirtschaft zum Vorteil des Welthandels und der globalen Investitionstätigkeit wieder in Gang zu bringen, hätten sie sich dafür entschieden, es durch einen harten Strafvertrag zu knebeln. Dadurch hätten sie, und Keynes stand mit dieser Ansicht keineswegs allein da, die Erholung Europas vom Krieg enorm behindert und in Deutschland Verzweiflung und berechtigten Groll ausgelöst.

Im Lauf der Zeit gerieten auch andere Teile der Friedensverträge ins Kreuzfeuer der Kritik. Den Friedensmachern, hieß es, sei es nicht gelungen, aus den Trümmern der Reiche im Herzen Europas funktionsfähige Staaten zu bilden; stattdessen hätten sie eine Reihe schwacher, ethnisch fundierter Gebilde geschaffen, die gefährliche Unsicherheitsfaktoren darstellten. Im Nahen Osten hätten sich insbesondere Großbritannien und Frankreich wie die imperialistischen Mächte verhalten, die sie seien, und Territorien des untergegangenen Osmanischen Reichs unter Missachtung des arabischen und kurdischen Nationalismus unter sich aufgeteilt, wie es ihnen passte. Damit hätten sie die Voraussetzungen für anhaltende Probleme im Nahen Osten geschaffen. Der Völkerbund, der internationale Harmonie und Zusammenarbeit bringen sollte, sei ein erbärmlicher Fehlschlag, so lautete das gängige Urteil, und tue nichts, um zu verhindern, dass Europa und die Welt in einen neuen großen Krieg abgleite.

In der öffentlichen Meinung hallt die Litanei der Kritiker immer noch nach. Historiker gelangen jedoch in zunehmendem Maß zu einer differenzierteren Auffassung. Zunächst einmal – und das ist ganz entschieden meine Perspektive – hatten es die Friedensmacher mit einer Welt zu tun, in der die objektiven Umstände einem dauerhaften Frieden nicht günstig waren. Der Aufstieg der ethnischen Nationalismen mit ihren Rivalitäten und häufig konkurrierenden Ansprüchen auf dieselben Territorien musste zu Konflikten führen, die dann auch ausbrachen, etwa zwischen Ungarn und den meisten seiner Nachbarn, zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Ein zweiter Faktor, der die Aussichten auf eine friedliche Nachkriegswelt trübte, war der Aufstieg des revolutionären Sozialismus, der sich der Überwindung des Kapitalismus und der liberalen Demokratien verschrieben hatte. Während des größten Teils der Zwischenkriegszeit unterstützte Russland unter seinen neuen bolschewistischen Herrschern revolutionäre Bewegungen.

Auch in ihren Handlungsmöglichkeiten waren die Friedensmacher eingeschränkt: Ihre Streitkräfte schrumpften, und weder die Regierungen noch die Völker waren zu weiteren kostspieligen Interventionen oder Kriegen bereit. Schließlich zog sich die aufsteigende Weltmacht, die Vereinigten Staaten, aus vielen Auslandsengagements zurück und leistete, im Gegensatz zu der Zeit nach 1945, keinen wesentlichen Beitrag zum Frieden. Die USA traten dem Völkerbund nicht bei, und es

bleibt eine offene Frage, ob ein stärkerer Völkerbund die Mächte, die in den 1930er Jahren die Weltordnung bedrohten, vor allem Deutschland, hätte in Schach halten können.

Gleichwohl waren die 1920er Jahre, wie neuere Studien von Historikern wie Zara Steiner gezeigt haben, eine vielversprechende Periode, in der sich die europäische Wirtschaft erholte und der Völkerbund die Weltordnung zu festigen schien. Unter seiner Aufsicht wurde eine Reihe von Volksabstimmungen durchgeführt, um noch offene Grenzfragen zu lösen. Der Völkerbund übernahm die Aufsicht über die Freie Stadt Danzig und überwachte die Mandate, mit denen die Großmächte die ehemaligen deutschen Kolonien verwalteten. 1921/22 wurden auf der Washingtoner Flottenkonferenz Vereinbarungen getroffen, die das Wettrüsten im Pazifik beenden sowie die territoriale Integrität und Souveränität Chinas garantieren sollten, und die Abrüstungskonferenz des Völkerbunds, die 1932 zusammentrat, hatte ein noch umfassenderes Abkommen zur Begrenzung von Rüstung und Aggression zum Ziel.

Natürlich gab es auch Anlass zur Sorge. Großbritannien und Frankreich, auf denen die Hauptverantwortung für die Durchsetzung der Friedensverträge lastete, misstrauten sich und lagen regelmäßig im Streit miteinander. In Italien hatte man das Gefühl, im Krieg zu wenig gewonnen zu haben, was Mussolini und den Faschisten Auftrieb gab. In Japan war ein verdeckter Groll vorhanden gegen die vermeintliche Neigung des Westens, das Land als untergeordnete Macht zu behandeln. Am gefährlichsten war jedoch, dass Deutschland, das immer noch der mächtigste Staat auf dem Kontinent war, den Versailler Vertrag nie wirklich akzeptierte. Sowohl die Elite als auch die breite Öffentlichkeit sah in ihm ein Diktat, das dem Land ungerechterweise aufgezwungen worden war. Wilson, so glaubte man weithin, hatte einen gerechten Frieden angeboten, ohne Rache und Strafe. Doch Deutschland hatte Gebiete abtreten müssen, einschließlich sämtlicher Kolonien, und ihm waren niederdrückende Reparationsforderungen auferlegt worden. Die Größe seiner Streitkräfte war eng begrenzt, und es war nicht in den Völkerbund aufgenommen worden. Außerdem galt das Selbstbestimmungsrecht, auf das sich die Alliierten so oft beriefen, offenbar nicht für Deutschland, mit der Folge, dass viele Deutsche unter polnische Herrschaft kamen und Deutschland und Österreich, wie immer sie dazu stehen mochten, sich nicht vereinen durften.

Als besonders empörend und Synonym für die Ungerechtigkeit des Vertrages empfanden die Deutschen Artikel 231, der Deutschland verpflichtete, Verantwortung für den Kriegsausbruch zu übernehmen. Der deutsche Chefunterhändler in Paris, Ulrich von Brockdorff-Rantzau, pickte diese eine Klausel als spezielles Angriffsziel heraus und wandte ein, sie unterstelle Deutschlands Schuld. In den 1920er Jahren gab es im Auswärtigen Amt in Berlin ein Referat, das eigens für den Kampf gegen die »Kriegsschuldlüge«, wie sie in Deutschland bald genannt wurde, gebildet worden war. (Interessanterweise machten die anderen besiegten Staaten, deren Friedensverträge ähnliche Klauseln enthielten, daraus kein Problem.) Unter anderem veröffentlichte das deutsche Außenministerium ausgewählte Dokumente und ließ gleichgesinnte Journalisten und Historiker zu Wort kommen, um zu beweisen, dass Deutschland und seine Verbündeten den Krieg nicht angefangen hatten, sondern der Kriegsausbruch eine allgemeine Katastrophe war, an der alle Mächte oder keine Schuld hatten. In der englischsprachigen Welt fand diese Auffassung ein immer größeres Echo und trug Ende der 1920er Jahre und in den 1930er Jahren zu der Bereitschaft bei, deutsche Forderungen nach einer Revision des Vertrags zu erfüllen.

Unterminiert wurde der Vertrag auch durch den von Reichswehr und Auswärtigem Amt sowie von rechtskonservativen und nationalistischen Parteien eifrig unterstützten und gegen alle Beweise hochgehaltenen Mythos, Deutschland sei auf dem Schlachtfeld unbesiegt geblieben und nur durch einen Dolchstoß in den Rücken, ausgeführt von linken Defätisten an der Heimatfront, Sozialdemokraten und Juden zur Kapitulation gezwungen worden. Sogar Anhänger der neuen Weimarer Republik glaubten, es habe keine militärische Niederlage gegeben. Ihr erster Präsident, Friedrich Ebert, begrüßte heimkehrende Truppen in Berlin mit den Worten: »Kein Feind hat euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben.« Doch nach dem 8. August 1918, dem »schwarzen Tag des deutschen Heeres«, an dem die Alliierten die deutschen Truppen im Westen auf breiter Front zurückdrängten, waren beim deutschen Heer Männer und Material knapp geworden, so dass der Kampf unmöglich fortgesetzt werden konnte. Im Osten brachen die deutschen Verbündeten weg: Am 24. September ersuchte Bulgarien um einen Waffenstillstand, Mitte Oktober folgte das

Osmanische Reich, und schließlich gab auch Österreich-Ungarn klein bei. In Panik bat die Oberste Heeresleitung die zivile Regierung Ende September, Präsident Wilson zu ersuchen, einen Waffenstillstand zu vermitteln. Trotzdem feilte Erich Ludendorff gegenüber seinen Offizieren bereits an dem Märchen, dass man den Kampf nicht fortführen könne, weil die marxistisch-sozialistische Propaganda das deutsche Volk vergiftet habe. Obwohl die Novemberrevolution erst nach der militärischen Niederlage ausbrach, diente sie als Beweis für die ebenso gefährliche wie wirkungsvolle Dolchstoßlegende. Und von Anfang an gab es auf der Rechten die unheilvolle Neigung, den Juden – denen je nach Standpunkt die Übel des Kapitalismus oder des Bolschewismus angelastet wurden – eine besondere Schuld zuzumessen.

Die Ablehnung des Versailler Vertrags in Deutschland hätte mit der Zeit zurückgehen können. Gewiss blieb die Reparationsfrage ein Reizthema und belastete die Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich. 1923 löste sie eine schwere internationale Krise und eine schreckliche Inflation in Deutschland aus, als französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet besetzten, um die Reparationszahlungen zu erzwingen. Doch die Krise wurde durch amerikanische Vermittlung durch den Dawes-Plan beendet, der die Summe der zu zahlenden Reparationen reduzierte und die Zahlungsbedingungen erleichterte. 1929 wurde, wiederum unter Mithilfe der Vereinigten Staaten, der Young-Plan ausgehandelt, der die Reparationen noch weiter verringerte. Im Innern unternahm es eine neue Regierung unter Gustav Stresemann, den Vertrag zu erfüllen und zugleich, soweit möglich, zu revidieren. 1925 in Locarno akzeptierte Deutschland die Nachkriegsgrenzen im Westen (über diejenigen im Osten wurde nichts gesagt) und trat dem Völkerbund bei. Die Meinungen darüber, ob Stresemann Deutschland wirklich zu einem demokratischen Staat machen wollte, der eine friedliche, konstruktive Rolle in der Mitte Europas spielen würde (wie es Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg getan hat), gehen auseinander. Man kann es zwar nicht wissen, aber möglicherweise war es für Deutschland und Europa ein großes Unglück, dass er 1929 starb, gerade als Europa und die Welt von einer neuen Krise erfasst wurden.

Die Große Depression verwüstete die Weltwirtschaft. Der Handel brach dramatisch ein, und Millionen Menschen wurden arbeitslos. In Deutschland, das zu den Ländern gehörte, die am meisten unter

der Krise litten, hatte man die Schuldigen schnell gefunden: den Versailler Vertrag und insbesondere die Reparationen. Die nationalistische Rechte, die nie aufgehört hatte, gegen den Vertrag zu polemisieren, setzte ihre Attacken mit noch größerer Heftigkeit fort. Hitler hatte den Frieden seit Anfang der 1920er Jahre in Wort und Schrift geschmäht und hoffte nun, da die Nationalsozialisten stärker wurden, sein Versprechen, die »Ketten« von Versailles zu zerbrechen, einlösen zu können. Als er an der Macht war, tat er genau dies: Er rüstete Deutschland auf, schuf eine Luftwaffe, ließ Truppen ins entmilitarisierte Rheinland einmarschieren, führte die Wehrpflicht wieder ein und vereinigte Deutschland 1938 mit Österreich. All dies waren grobe Verstöße gegen den Versailler Vertrag, aber Frankreich und Großbritannien, die unbedingt einen Krieg vermeiden wollten, waren nicht bereit, Deutschland die Stirn zu bieten, und die Vereinigten Staaten hatten sich von der europäischen Politik abgewandt.

Der Zweite Weltkrieg brachte eine Neubewertung der Ursachen des Ersten mit sich. Ende der 1950er Jahre vertrat der deutsche Historiker Fritz Fischer auf der Grundlage umfangreicher Archivstudien die Auffassung, Deutschland sei in der Tat für den Ausbruch der Feindseligkeiten im Jahr 1914 verantwortlich gewesen. Dies hat Widerspruch hervorgerufen, und die Debatte geht bis heute weiter; in neueren Büchern wird eine Vielzahl von Erklärungen dargeboten, von der Politik einzelner Personen oder Staaten bis zu allgemeineren Faktoren wie dem Nationalismus und dem Zusammenbruch des europäischen Machtgleichgewichts. Die nach dem Krieg geschlossenen Friedensverträge sind zumeist weniger umstritten. Man ist sich darüber einig, dass die Sieger unrealistische Zahlungsforderungen an Deutschland richteten, erkennt aber auch an, dass es Staatsmännern wie Clemenceau und Lloyd George extrem schwergefallen wäre, ihren Völkern zu sagen, dass sie keine Entschädigung für ihre Verluste erwarten dürften. Man bedauert mit mehr oder weniger Schärfe, dass die Vereinigten Staaten keine konstruktive Rolle spielten wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Wenn die Amerikaner 1919, wie Keynes es vorschlug, ihren europäischen Schuldnern die Schulden erlassen hätten, hätten Belgien, Großbritannien und Frankreich nicht auf deutschen Reparationen bestehen müssen. Und wenn Deutschland die Niederlage akzeptiert hätte, wie es das nach 1945 getan hat, hätte es den Vertragsbestimmungen möglicherweise weniger ablehnend gegenübergestanden.

Man wird es nie wissen. Es gibt zu viele Unwägbarkeiten und Was-wäre-wenn-Fragen. Beim Rückblick auf die Friedensverhandlungen von 1919 sollte man jedoch stets daran denken, wie riesig der Problemberg war, vor dem die Friedensmacher standen. Die alte Ordnung war zerfallen, und inmitten von Wirtschaftskrise, politischem Chaos, revolutionären Unruhen und zunehmendem ethnischen Nationalismus eine neue aufzubauen, war, wenn nicht unmöglich, auf jeden Fall eine Herkulesaufgabe. Bevor man die Friedensmacher kritisiert, sollte man sich daran erinnern, wie schlecht die Weltgemeinschaft in den 1990er Jahren die ethnischen Konflikte auf dem Balkan bewältigt hat und wie schlecht sie heute mit den religiösen und ethnischen Konflikten im Nahen Osten zurechtkommt. Truppen zu entsenden, kann ein Teil der Lösung sein, aber dies kann nur mit Zustimmung der Völker geschehen. Wenn man die Leistung der Männer, die vor hundert Jahren den Frieden geschmiedet haben, bewertet, sollte man bedenken, unter welchem Druck sie handelten. Außerdem sollte man ihnen nicht an allem die Schuld geben, was zwischen 1919 und 1939 geschah. Es gab damals noch viele andere, die Schuld auf sich geladen haben.

EINFÜHRUNG

1919 war Paris die Hauptstadt der Welt, die Friedenskonferenz war die wichtigste Angelegenheit der Welt, und die Friedensmacher waren die mächtigsten Männer der Welt. Sie kamen Tag für Tag zusammen, argumentierten, diskutierten, stritten und vertrugen sich wieder. Sie schufen neue Länder und neue Organisationen. Sie aßen zusammen und gingen zusammen ins Theater. Ein halbes Jahr lang war die Friedenskonferenz zugleich die Regierung, das Verfassungsgericht und das Parlament der Welt, das Zentrum aller Ängste und Hoffnungen. Offiziell dauerte die Konferenz sogar noch länger, bis 1920, aber die ersten sechs Monate waren die ausschlaggebenden, in denen die Schlüsselentscheidungen getroffen und die grundlegenden Ereignisketten in Gang gesetzt wurden. So etwas hatte die Welt noch nicht erlebt und wird sie auch nie wieder erleben.

Die Friedensmacher befanden sich in Paris, weil das stolze, selbstbewusste, reiche Europa sich selbst zerfleischt hatte. Ein Krieg, der 1914 wegen eines Streits um Macht und Einfluss auf dem Balkan ausgebrochen war, hatte sämtliche Großmächte, von Großbritannien im Westen bis zum zaristischen Russland im Osten, und auch die meisten kleineren Staaten erfasst. Nur Spanien, die Schweiz, die Niederlande und die skandinavischen Länder hatten sich heraushalten können. Gekämpft worden war in Asien und Afrika, auf den pazifischen Inseln und im Nahen Osten, vor allem aber auf europäischem Boden, entlang jener wahnwitzigen Grabensysteme, die sich von Belgien im Norden bis zu den Alpen im Süden erstreckten und sich an der russischen Grenze zu Deutschland und dessen Verbündetem Österreich-Ungarn sowie an den Fronten auf dem Balkan hinzogen. Die Soldaten kamen aus aller Herren Länder: Australier, Kanadier, Neuseeländer, Inder, Neufundländer kämpften für das Britische Empire, Vietnamesen, Marokkaner, Algerier, Senegalesen für Frankreich und schließlich auch US-Amerikaner, nachdem die deutschen Angriffe auf die amerikanische Schifffahrt sie bis aufs Blut gereizt hatten.

Abseits der großen Schlachtfelder hatte sich Europa kaum verändert. Die Großstädte bestanden weiter, die Eisenbahnstrecken konn-

ten befahren werden, die Häfen funktionierten. Es war nicht wie nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Kontinent buchstäblich in Trümmern lag. Der Verlust war menschlicher Art. Millionen von Kämpfern waren in diesen vier Jahren ums Leben gekommen: 2.037.000 Deutsche, 1.800.000 Russen, 1.405.000 Franzosen, 1.460.000 Österreicher und Ungarn, 750.000 Briten, weitere 180.000 Soldaten aus dem Britischen Empire und viele andere, bis hin zu den 13.000 Gefallenen, die das winzige Montenegro zu beklagen hatte. Kinder hatten ihre Väter, Frauen ihre Ehemänner, junge Frauen die Chance zu heiraten verloren. Und Europa hatte viele künftige Wissenschaftler, Dichter, Politiker verloren, und mit ihnen die Kinder, die ihnen vielleicht geboren worden wären. In dieser Verlustliste sind diejenigen noch nicht mitgerechnet, die ein Bein oder ein Auge eingebüßt hatten, deren Lungen durch Giftgas versehrt waren oder deren Seele sich nie wieder erholen sollte.

Vier Jahre lang hatten die am höchsten entwickelten Länder ihre Männer, ihren Reichtum, die Früchte von Industrie, Wissenschaft und Technik in einen Krieg investiert, dessen Ausbruch ein Versehen gewesen sein mochte, der danach aber nicht mehr zu beenden war, weil beide Seiten einander die Waage hielten. Erst als im Sommer 1918 Deutschlands Verbündete ins Wanken gerieten und die unverbrauchten amerikanischen Truppen in Europa eintrafen, gewannen die Alliierten die Oberhand. Der Krieg endete am 11. November, und überall hofften die Menschen ermattet darauf, dass das Kommende weniger schlimm sein würde als das soeben zu Ende Gegangene.

Vier Jahre Krieg hatten das überlegene Selbstvertrauen, das Europa zur Weltherrschaft verholfen hatte, für immer erschüttert. Nach dem Geschehen an der Westfront konnten die Europäer eine zivilisatorische Mission in der Welt nicht mehr für sich in Anspruch nehmen. Der Krieg hatte Regierungen gestürzt, die Mächtigen gedemütigt und ganze Gesellschaften aus den Angeln gehoben. In Russland hatten die Revolutionen von 1917 das Zarentum durch etwas ersetzt, das noch niemand kannte. Am Ende des Krieges verschwand Österreich-Ungarn von der politischen Landkarte und hinterließ in der Mitte Europas ein großes Loch. Das Osmanische Reich mit seinen riesigen Besitzungen im Nahen Osten und einem kleinen Stück von Europa war fast völlig vernichtet, und aus dem Deutschen Kaiserreich war eine Republik geworden. Alte, in der Geschichte versunkene Länder – Po-

len, Litauen, Estland, Lettland – erwachten zu neuem Leben, und neue Länder – Jugoslawien und die Tschechoslowakei – kämpften um ihre Geburt.

An die Pariser Friedenskonferenz erinnert man sich für gewöhnlich wegen des im Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Vertrages. Aber sie war von Anfang an größer angelegt. Mit den anderen Gegnern der Alliierten – Bulgarien, Österreich und Ungarn, die jetzt eigenständige Staaten waren, und dem Osmanischen Reich – mussten ebenfalls Verträge geschlossen werden. In Mitteleuropa und im Nahen Osten mussten neue Grenzen gezogen werden, und was das Wichtigste war: Die Weltordnung musste neu gestaltet werden. War die Zeit jetzt reif für eine Internationale Arbeitsorganisation, einen Völkerbund, Abkommen über internationale Telegraphenkabel und den internationalen Luftverkehr? Nach einer derart großen Katastrophe waren die Erwartungen enorm.

Schon bevor die Kanonen 1918 verstummten, waren anklagende, fordernde, wütende Stimmen laut geworden: »China gehört den Chinesen«, »Kurdistan muss frei sein«, »Polen muss wieder leben«. Sie ertönten in vielen Sprachen und meldeten viele Forderungen an: Die Amerikaner sollten den Weltpolizisten spielen, oder sie sollten nach Hause gehen; die Russen bräuchten Hilfe, oder nein, man sollte sie sich selbst überlassen. Man klagte sich gegenseitig an: Slowaken Tschechen, Kroaten Serben, Araber Juden, Chinesen Japaner. Die Stimmen waren besorgt und unsicher, ob die neue Weltordnung eine Verbesserung gegenüber der alten darstellen würde. Im Westen raunte man von gefährlichen Ideen, die aus dem Osten kämen; im Osten sinnierte man über die vom westlichen Materialismus ausgehenden Gefahren. Die Europäer fragten sich, ob sie sich jemals wieder erholen würden, die Afrikaner befürchteten, dass die Welt sie vergessen hatte, die Asiaten glaubten, dass die Zukunft ihnen gehörte; das Problem war nur die Gegenwart.

Wir können nachempfinden, wie es ist, am Ende eines großen Krieges zu leben. Die Stimmen von 1919 ähnelten den heutigen. Als 1989 der Kalte Krieg endete und der Kommunismus auf dem Müllplatz der Geschichte landete, erwachten ältere Kräfte in Gestalt von Religion und Nationalismus aus ihrem Tiefschlaf, und Bosnien und Ruanda erinnerten uns daran, wie stark diese Kräfte sein können. 1919, als Grenzen über Nacht neu gezogen wurden und neue ökonomische und

politische Ideen in der Luft lagen, hatte man das gleiche Gefühl, das Entstehen einer neuen Weltordnung mitzuerleben. Es war aufregend, aber auch beängstigend, in einer Welt, die so überaus zerbrechlich zu sein schien, zu leben. Heute geht die Gefahr nach Ansicht mancher vom wiederaufstrebenden Islam aus. 1919 war der russische Bolschewismus die Gefahr. Der Unterschied ist der, dass wir keine Friedenskonferenz abhalten. Dafür fehlt die Zeit. Die Staatsmänner und ihre Berater kommen zu kurzen Treffen zusammen, die zwei, drei Tage dauern, und dann steigen sie wieder ins Flugzeug. Wer könnte sagen, welches die bessere Art der Behandlung der Weltprobleme ist?

Um sich mit diesen Dilemmas zu beschäftigen und sie, wenn möglich, zu lösen, waren Staatsmänner, Diplomaten, Bankiers, Militärs, Professoren, Ökonomen und Juristen aus aller Welt nach Paris gereist: der amerikanische Präsident Woodrow Wilson und sein Außenminister Robert Lansing, der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau und sein italienischer Kollege Vittorio Orlando, der in Geheimnisse und arabische Gewänder gehüllte Lawrence von Arabien, der griechische Patriot Eleftherios Venizelos, der sein Land ins Unglück führen sollte, der zum Politiker gewordene Pianist Ignacy Paderewski sowie viele, die sich erst noch einen Namen machen sollten, unter ihnen zwei künftige amerikanische Außenminister, ein künftiger japanischer Ministerpräsident und der erste Präsident Israels. Manche waren von Geburt an zum Herrschen bestimmt, wie Königin Marie von Rumänien, andere, wie der britische Premierminister David Lloyd George, waren durch eigene Anstrengungen an die Macht gelangt.

Die Zusammenballung der Macht in Paris zog Reporter, Geschäftsleute und Vertreter aller möglichen Anliegen an. »Man trifft nur noch Leute, die auf dem Sprung nach Paris sind«, schrieb der französische Botschafter in London. »Paris wird zu einem Vergnügungsort für Hunderte von Engländern, Amerikanern, Italienern und zwielichtigen ausländischen Gentlemen, die unter dem Vorwand bei uns einfallen, sie würden an den Friedensverhandlungen teilnehmen.«[1] Das Wahlrecht für Frauen, Bürgerrechte für Schwarze, eine Charta der Arbeitsrechte, Freiheit für Irland, Abrüstung: jeden Tag trafen aus aller Welt neue Bittsteller mit neuen Anliegen ein. In jenem Winter und Frühjahr hallte Paris wider von Plänen – für eine jüdische Heimstatt, ein wiederhergestelltes Polen, eine unabhängige Ukraine, ein Kurdistan, ein Armenien. Petitionen kamen etwa von der Konferenz der

Wahlrechtsgesellschaften, dem Karpatho-Russischen Komitee in Paris, den Serben aus dem Banat, der antibolschewistischen Russischen Politischen Konferenz. Die Bittsteller stammten aus Ländern, die existierten, oder aus solchen, die nur ein Traum waren. Manche, wie die Zionisten, sprachen für Millionen Menschen, andere, wie die Vertreter der Åland-Inseln in der Ostsee, nur für einige Tausend. Manche trafen zu spät ein: Koreaner aus Sibirien machten sich im Februar 1919 zu Fuß auf den Weg und hatten im Juni, als der Hauptteil der Friedenskonferenz endete, erst den Arktishafen Archangelsk erreicht.[2]

Die Friedenskonferenz litt von Anfang an unter Verwirrung – über ihre Organisation, ihren Zweck und ihre Abläufe. Angesichts der Bandbreite der Themen war dies wahrscheinlich unvermeidlich. Die Großen Vier – Großbritannien, Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten – hatten eine Vorbereitungskonferenz geplant, auf der sie sich über ihre Friedensbedingungen einigen wollten. Erst danach sollte die eigentliche Friedenskonferenz stattfinden, auf der mit den Kriegsgegnern verhandelt werden sollte. Doch es tauchten sofort Fragen auf: Wann würden die anderen Verbündeten ihre Ansichten äußern können? Japan, zum Beispiel, war bereits eine wichtige Macht im Fernen Osten. Und was war mit den kleineren Ländern wie Serbien und Belgien? Beide hatte weit mehr verloren als Japan.

Die Großen Vier gaben nach, und die Plenarsitzungen der Konferenz wurden zu einem Ritual. Die wirkliche Arbeit leisteten die vier Mächte und Japan in informellen Sitzungen, und wenn diese zu mühselig wurden, die Führer der Großen Vier allein. Während die Monate vergingen, entwickelte sich die Vorbereitungskonferenz unmerklich zum Hauptereignis. Unter Missachtung diplomatischer Gepflogenheiten wurden die deutschen Vertreter zur Empörung der Deutschen schließlich nach Frankreich beordert, um den Vertrag in seiner endgültigen Fassung entgegenzunehmen.

Die Friedensmacher hatten gehofft, schneller und besser organisiert zu sein. Sie hatten den einzigen verfügbaren Präzedenzfall, den Wiener Kongress, der die Ära Napoleons beendete, sorgfältig studiert. Das britische Außenministerium hatte eigens einen Historiker beauftragt, als Richtschnur für Paris eine Studie über den Kongress zu verfassen (die, wie ihr Autor später eingestand, so gut wie keine Wirkung hatte).[3] Die Probleme, vor denen die Friedensmacher in Wien gestanden hatten, waren sicherlich riesig gewesen, aber im Vergleich